

Aus Bund und Ländern

## BÄK gründet „Ständige Kommission Organtransplantation“

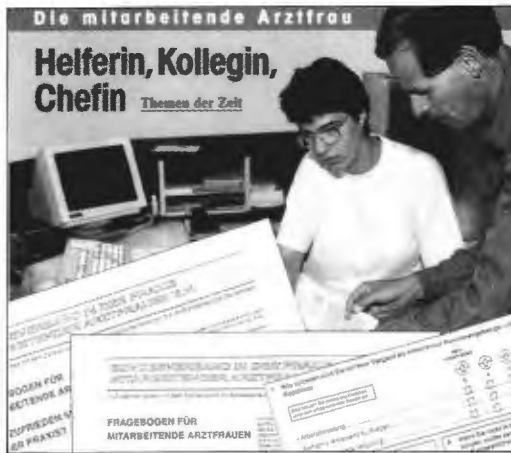
KÖLN. Die Bundesärztekammer (BÄK) hat eine Kommission gegründet, in der Transplantationsmediziner, Gesundheitspolitiker, Juristen, Theologen und Betroffene Entscheidungshilfen und Kriterien zur Organspende, -vermittlung und -verteilung entwickeln sollen. Prof. Dr. jur. Dr. h.c. Hans-Ludwig Schreiber, Präsident der Universität Göttingen und Direktor des Juristischen Seminars der Universität Göttingen, wurde zum Vorsitzenden der „Ständigen Kommission Organtransplantation“ gewählt. Stellvertretender Vorsitzender wurde Prof. Dr. med. Klaus-Ditmar Bachmann, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der BÄK. Der Kommission sollen mindestens 16 Mitglieder angehören, die auf Vorschlag verschiedener Organisationen vom Vorstand der Bundesärztekammer für jeweils vier Jahre berufen werden. BÄK

## Bundesausschuß: Ausweitung der Schwangerenvorsorge

KÖLN. Der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen hat in seiner Sitzung am 22. November 1994 die Erweiterung des Ultraschall-Screenings in der Schwangerenvorsorge von bislang zwei auf drei Untersuchungen beschlossen. Die Ultraschalltermine werden künftig in der 9. bis 12., der 19. bis 22. und der 29. bis 32. Schwangerschaftswoche liegen.

Neu eingeführt wurde ferner eine Untersuchung auf Chlamydien-Infektion – die häufigste sexuell übertragbare Erkrankung. Der Bundesausschuß will auf diese Weise eine Möglichkeit eröffnen, den aus einer Übertragung dieser Infektion resultierenden kindlichen Schädigungen

In Heft 47 vom 25. November 1994 haben wir auf eine Fragebogenaktion des Verbandes in der Praxis mitarbeitender Arztfrauen hingewiesen. Seine Mitglieder wollen ergründen, wie andere mitarbeitende Partnerinnen ihre Belastung und Arbeitszufriedenheit einstufen. Dazu war in Heft 47 ein Fragebogen abgedruckt, auf den wir an dieser Stelle noch einmal hinweisen. Einsendeschluß für die Rückantwort ist der 6. Januar 1995. th



wirksam vorzubeugen. Alle genannten Neuerungen treten am 1. April 1995 in Kraft. EB

## Brandenburg: 10-Jahres-Krankenhausprogramm

POTSDAM. Die Gesundheits- und Sozialministerin des Landes Brandenburg, Dr. Regine Hildebrandt (SPD), hat kürzlich über den Beginn eines auf 10 Jahre angelegten Investitionsprogramms für Krankenhäuser in Brandenburg berichtet.

„Die Verbesserung der stationären Versorgung ist eine der wichtigsten gesundheits- und sozialpolitischen Aufgaben“, sagte Hildebrandt. Ein Schwerpunkt sei die Psychiatrie. Aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der stationären psychiatrischen Versorgung in der DDR sind der Aufbau psychiatrischer Abteilungen an Krankenhäusern beziehungsweise die Sanierung der Landeskliniken besonders berücksichtigt worden. EB

## Weißbuch Harninkontinenz

HANNOVER. Mehr als vier Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer Harn- oder Stuhlinkonti-

nenz. Diese Zahl nannte Prof. Dr. Udo Jonas von der Urologischen Klinik der Medizinischen Hochschule Hannover auf dem sechsten Kongreß der Gesellschaft für Inkontinenzhilfe (GIH) e. V. in Hannover. Da das Thema aber tabuisiert werde, sei darüber hinaus mit weiteren zwei bis drei Millionen Betroffenen zu rechnen. Über gute, differenzierte Behandlungsmöglichkeiten seien aber die meisten nicht ausreichend informiert.

Ein Weißbuch zum Thema soll deshalb Abhilfe schaffen. Darin sind epidemiologische Daten und therapierelevante Ausführungen zu allen Aspekten der Harninkontinenz von Experten zusammengestellt. Das Buch ist zu beziehen über: Gesellschaft für Inkontinenzhilfe, Friedrich-Ebert-Straße 124, 34119 Kassel. Wiehl

## EDV-Programm wird an Kliniken getestet

DÜSSELDORF. In Zusammenarbeit mit den Landeskrankenhausgesellschaften hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG) ein EDV-Programm zur Leistungs- und Kostenaufstellung (LKA) nach der neuen Bundespflegegesetzverordnung '95 entwickelt. Dieses soll die Krankenhäuser

unterstützen, die Leistungs- und Kostenaufstellung EDV-gerecht zu erstellen. Das Programm ist Bestandteil eines neuen Informationsverbundes zwischen den einzelnen Krankenhäusern und der Landeskrankenhausgesellschaft, auch im Hinblick auf den vom Gesetz verlangten externen Betriebsvergleich.

Die erste Testversion des Programms ist Ende Oktober an die Landeskrankenhausgesellschaften und die Mitglieder der Projektgruppe „Krankenhausvergleich/LKA“ versandt worden, um in Probeläufen Erfahrungen zu sammeln und noch Korrekturen vorzunehmen. Danach will die Deutsche Krankenhausgesellschaft sämtliche Krankenhäuser mit dem Programm „bedienen“. Es soll auch zur Vorbereitung der Budgetverhandlungen 1996 eingesetzt werden können. HC

## Mehr Kompetenzen für Entwicklungsministerium gefordert

BONN. Eine erhebliche Erweiterung der Kompetenzen des Entwicklungsministeriums haben Experten von entwicklungspolitischen Organisationen in Deutschland gefordert.

In einem von der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung an die Bonner Parteien und Fraktionen versandten Memorandum setzen sich die Experten dafür ein, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter anderem die humanitäre Auslandshilfe, die EU-Entwicklungspolitik und die Nord-Süd-bezogene Umweltpolitik neu zuzuordnen. Hierfür waren bislang andere Ressorts zuständig.

Dadurch solle erreicht werden, daß die Entwicklungshilfepolitik in der Regierungsarbeit wirksamer und zusammenhängender organisiert und nicht anderen Politikinteressen untergeordnet werde. afp